

Gruppenantrag sieht eine eindeutige Fristenregelung vor, die das ungeborene Kind in seinen ersten Lebenswochen schutzlos macht, verzichtet für die ersten zwölf Wochen einer Schwangerschaft auf die gebotene rechtliche Mißbilligung der Tötung des ungeborenen Kindes und räumt dem Selbstbestimmungsrecht der Schwangeren den Vorrang vor dem Lebensrecht des Kindes ein.“

Der Antrag versuche, durch die vorgesehene Ausgestaltung der Beratung die Verfassungswidrigkeit zu verschleiern. „Damit sollen die Beratungsstellen in ein Verfahren eingebunden werden, das in ethisch unverantwortlicher und verfassungswidriger Weise den Schutz menschlichen Lebens preisgibt“.

Die Grünen forderten dagegen auf ihrer Bundesversammlung in Berlin eine „ersatzlose Streichung des Paragraphen 218“. Zwar bringe der Gruppenantrag den Frauen im Westen die Abschaffung des Zwanges, den Schwangerschaftsabbruch durch eine Indikation genehmigen zu lassen. Die „Verschärfung der Zwangsberatung“ sowie die Neueinführung der Strafbarkeit im Osten Deutschlands seien jedoch ein zu hoher Preis dafür, hieß es in einer Resolution des Parteitag.

Auch der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) bezeichnet die Initiative als „herbe Enttäuschung“. Viele Frauen hätten gehofft, daß der Paragraph 218 nun endlich aus dem Strafgesetzbuch gestrichen werde, führte die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ursula Engelen-Kefer in einem offenen Brief an die Bundestagsabgeordneten aus. Die vorgesehene „Zwangsberatung“ sei eine Entmündigung der Frau. Schwangere, die in einem Konflikt stünden und Hilfe wünschten, müßten eine Beratung ihrer Wahl in Anspruch nehmen können. Die vorgesehene Beratungspflicht würde zu einer ungleichen Situation der Frauen in den verschiedenen Bundesländern führen, je nachdem wie liberal, konservativ oder kirchlich eingestellt dort die Beratungspflicht sei, betonte Ilna Schulz-Müller, Leiterin der Hauptabteilung Weibliche Angestellten-Gewerkschaft. Kli

Abschiede

Gegen Ende des 95. Deutschen Ärztetages, am 16. Mai, meldete sich Prof. Dr. Waldemar Hecker in einer persönlichen Angelegenheit zu Wort. Er sei vor einigen Wochen 70 geworden und nunmehr emeritiert. Mit dem Ausscheiden aus dem Berufsleben löse sich der unmittelbare Bezug zum Fach und zum Beruf, und es sei an der Zeit, auch als Delegierter Jüngeren Platz zu machen. Hecker war rund 20 Jahre lang eine markante Erscheinung auf Deutschen Ärztetagen, ein Preuße in Bayern, jemand, der seinen Standpunkt vertrat und auf den man bauen konnte. Vielen Delegierten, die ihn schon lange kannten, war wehmütig zumute. Als Hecker auf seinen Platz zurückging, dankte man ihm stehend mit Beifall (Foto unten).



Prof. W. Hecker hat nicht nur einen guten Namen als Kinderchirurg, er hat sich in der ärztlichen Berufspolitik über sein engeres Fachgebiet hinaus stark eingesetzt. Die ärztliche Selbstverwaltung lebt von solchen Menschen, die Beruf, Berufspolitik und Einsatz für das Gemeinwohl miteinander verbinden.

Ein anderer, der unlängst von hohen Ämtern Abschied genommen hat und auf dem Deutschen Ärztetag in besonderer Weise geehrt wurde, Prof. Dr. h. c. Hans Joachim Sewering (Foto oben), hat das in einer kurzen Dankrede anlässlich der Verleihung der Para-

celsus-Medaille so ausgedrückt: „Ihren Aufgaben werden die Körperschaften nur gerecht, wenn sie sich sowohl ihrer Verantwortung gegenüber den ärztlichen Mitgliedern bei der Wahrung und Vertretung ihrer berechtigten Belange als auch gegenüber Staat und Gesellschaft durch die Gewährleistung eines ethisch und fachlich hochstehenden Ärztstandes bewußt sind, und wenn zu jeder Zeit Kolleginnen und Kollegen bereit sind, neben ihrer eigentlichen ärztlichen Arbeit



Aufgaben in den Körperschaften zu übernehmen, die damit verbundene Verantwortung zu tragen und dafür viel Arbeitskraft, Zeit und Einsatzbereitschaft einzubringen.“

Ein anderer Abschied steht noch bevor: Prof. Dr. Horst Bourmer (rechts oben) begrüßte den Deutschen Ärztetag in Köln – als Präsident der gastgebenden Ärztekammer Nordrhein, und er fügte gleich hinzu, es sei wohl zum letzten Mal, daß er in dieser Eigenschaft vor den Ärztetag trete. Der nächste Ärztetag in Köln



Foto (3): Bernhard Eiling

wird in zwei Jahren stattfinden; Prof. Bourmer bestellt sein Haus und zieht Bilanz – so zum Beispiel mit dem Titelaufsatz von Heft 20 „Der Sozialstaat überfordert sich selbst“. NJ